

Schupp, Jürgen

Article

Überfällige Debatte zur Armutsmessung

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schupp, Jürgen (2015) : Überfällige Debatte zur Armutsmessung, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 82, Iss. 17, pp. 440-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/110192>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Prof. Dr. Jürgen Schupp ist Direktor der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Überfällige Debatte zur Armutsmessung

Der Ansatz, wonach jeder mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens als arm gelte, führe leider schnell in die Irre, sagte Sozialministerin Andrea Nahles jüngst in einem Interview. Es handle sich um eine relative Größe, die zwar die Spreizung der Einkommen zeige – aber nicht die absolute Armut. Sie hat damit eine überfällige Debatte angestoßen. Auch bei vielen Statistikern stößt das Konzept der relativen Armutsberechnung seit Jahren auf Kritik. Im Kern geht es um die Frage, ob Armutsmessung, die an einer *absoluten* Existenzsicherung ansetzt, der Messung der *relativen* Armut überlegen ist. Hier muss die Wissenschaft ehrlicherweise einräumen, dass *beide* Konzepte ihre Berechtigung haben. Und beide Konzepte beruhen auf einer ganzen Reihe von normativen Entscheidungen, sodass aus wissenschaftlicher Sicht keineswegs zwischen Richtig und Falsch unterschieden werden kann.

Die EU hat sich vor mehr als zehn Jahren für ein relatives Messkonzept entschieden. Dabei wurde die Gewichtung von Personen nach Lebensalter und Haushaltszusammensetzung genauso normativ festgelegt wie der Einbezug unterschiedlicher Einkommensquellen sowie die Verständigung auf die jeweilige Datenbasis zur Ermittlung der Einkommensmessung. Auch an dieser Stelle erfolgten also pragmatische Festlegungen, die normative Folgen haben. So wird faktisch auf die Obdachlosen bei den EU-Armutsberechnungen verzichtet. Dies alles wird nach einheitlichen methodischen Standards ausgeführt und von Eurostat für alle Mitgliedstaaten nach einheitlichen Kriterien berechnet und jährlich aktualisiert ausgewiesen. Daneben steht es allen Mitgliedstaaten frei, weitere Indikatoren in ihren jeweiligen Berichtssystemen heranzuziehen.

Dieser europäische Weg der offiziellen Berechnung von Armut wird nicht in allen westlichen Ländern geteilt. So haben die USA eine im Vergleich zu Deutschland und Europa viel längere Tradition eines offiziellen Berichts der Regierung zur Armutsquote, die in den 60er Jahren

begann. Sie orientiert sich am grundlegenden Ernährungsbedarf einer Familie mit vier Personen sowie der als lebenswichtig erachteten Bedarfsartikel des täglichen Lebens. Mit einem – gleichfalls normativ festgelegten – Aufschlagfaktor von 3 des individuellen Lebensbedarfs im Jahr 1955, lediglich um die jährliche Inflationsrate angepasst – wird seitdem jährlich eine offizielle Armutsgrenze ausgewiesen, die ohne Zweifel dem Alltagsverständnis von Armut näherkommt als das EU-Konzept. Aber auch dieses Verfahren steht regelmäßig in der Kritik von Wissenschaft und Politik. So schlug 1996 eine wissenschaftliche Kommission eine alternative und verbesserte „absolute“ Berechnungsmethodik vor. Dennoch kam es nicht zu einer Abschaffung des in den 60er Jahren entwickelten Armutskonzepts, es wurde lediglich um weitere Indikatoren ergänzt. Man bekannte offen, dass Armut ein so vielschichtiges gesellschaftliches Phänomen darstelle, dass ihre Feststellung anhand einer einzigen Kennziffer illusorisch sei, vor allem wenn es darum gehe, sie von den Auswirkungen konjunktureller Einflüsse sowie staatlicher Maßnahmen zu trennen.

Ministerin Nahles hat mit ihrer Äußerung die Öffentlichkeit daran erinnert, dass der europäische Weg einer Vermessung von Armut noch vergleichsweise neu ist und insbesondere die öffentliche Verkürzung des Phänomens Armut auf einen einzigen Indikator zu kurz greift. Zum Aufgabenbereich der Ministerin gehört nicht nur die notwendige Bereitstellung öffentlicher Mittel zur gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen in Not, sondern auch Anpassungen und Ergänzungen sowie Diskurse in der Wissenschaft zu initiieren, um die Vielschichtigkeit des Phänomens Armut für die Öffentlichkeit verständlich zu machen. Zu Recht will sie deshalb auch im fünften Armuts- und Reichtumsbericht, der voraussichtlich 2016 erscheinen wird, mehr Gewicht auf die Analyse von Reichtum legen. Nicht nur deshalb darf man auf den nächsten Armuts- und Reichtumsbericht sehr gespannt sein.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Die beteiligten Institute

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.